
FDP Limburg-Weilburg

B8 – UMGEHUNGEN

05.01.2018

B 8 – UMGEHUNGEN – FDP: GEMEINSAM DRUCK MACHEN

„Im Landtagswahljahr 2018 wird für mich das Thema B 8 - Umgehungen eine ganz wichtige Rolle spielen“, erklärte heute die Landtagskandidatin und Vorsitzende des FDP-Kreisverbands Limburg-Weilburg, Marion Schardt-Sauer. Es sei vollkommen inakzeptabel, dass das grün geführte Hessische Verkehrsministerium den Umgehungsstraßen in Lindenholzhausen und in Niederbrechen eine Absage erteilt habe, obwohl der Bund diese in den vordringlichen Bedarf aufgenommen hat.

Im Hinblick auf Lindenholzhausen sei die Stadt Limburg sogar bereit, dem Land weit entgegen zu kommen und die Kosten für die Planungsleistungen zu übernehmen, obgleich dies eigentlich Aufgabe des Landes sei. Die Begründung fehlender personeller Kapazitäten bei Hessen-Mobil sei nicht nachvollziehbar. „Wenn mehr Personal für die Planung von Rad- und Wanderwegen bereit gestellt wird, sollte dies auch für Umgehungsstraßen möglich sein“, so die FDP-Kommunalpolitikerin.

Der Bürgermeister von Limburg habe auf eine Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion hin in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erklärt, dass die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Landkreis das Gespräch mit der Landespolitik suchen wolle. Ziel sei die Aufnahme der B 8-Umgehung Lindenholzhausen in die landesinterne Prioritätenliste bis zum Jahr 2021. Nach Auffassung von Schardt-Sauer genügt es nicht, wenn sich die Stadt nur an den Kreis wende, um ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen. Wenn alle vor Ort verantwortlichen Kommunalpolitiker gemeinsam mit den Vertretern der Landtags- und Bundestagsfraktionen „an einem Strang ziehen und gemeinsam Druck ausüben“, sei sie fest davon überzeugt, dass sich die schwarz-grüne Landesregierung im Wahljahr 2018 bewegen wird. Schardt-Sauer: „Alle Akteure müssen

jetzt Farbe bekennen.“

Auch für Niederbrechen müssten die Planungen endlich begonnen werden, ergänzt der Vorsitzende der FDP in Brechen, Tobias Kress. „Wenn Bad Camberg bald umgesetzt ist und Lindenholzhausen einen Gang höher schaltet, dann wird am Ende Niederbrechen das Nadelöhr bleiben und der Verkehr hier noch schneller zum Stillstand kommen als bisher schon“, erläutert Kress die Situation. Kommunalpolitik und Bürgerinitiativen arbeiten hier eng zusammen und wollen auch voran kommen.

„Die berechtigten Anliegen der Menschen, für die der weiter zunehmende Durchgangsverkehr eine dauerhafte und die Gesundheit beeinträchtigende Belastung bedeutet, dürfen nicht länger auf taube Ohren in Wiesbaden stoßen“, sagte Schardt-Sauer.

Für die B 8 – Umgehungen in Lindenholzhausen und Niederbrechen sprechen: das Wohlergehen der von Lärm und Abgasen betroffenen Menschen, eine absolut unstrittige Planung sowie eine hohe Entlastungswirkung, eine gesicherte Finanzierung im Bundesverkehrswegeplan. Im Hinblick auf Lindenholzhausen komme noch die Zusage zur Übernahme der Planungskosten durch die Stadt Limburg hinzu. „Wenn vor diesem Hintergrund über Parteigrenzen hinweg die Stimmen aus der Region Richtung Wiesbaden laut genug werden, besteht im Wahljahr 2018 eine echte Chance, dass das 'Dezember-Nein' aus dem Hessischen Verkehrsministerium nicht das letzte sein wird“, so Schardt-Sauer. (HGH/MS/TK)